

# LaG - Magazin

Was nicht sein konnte, gab es nicht. Rechtsextremismus

und Antisemitismus im real existierenden Sozialismus

10/2014

15. Oktober 2014

### Inhaltsverzeichnis

#### Zur Diskussion

„Was nicht sein konnte, gab es nicht.“ Rechtsextremismus und Antisemitismus im real existierenden Sozialismus.....	4
Rechtsextremismus in der DDR.....	7
Argumentationsmuster in der Debatte um die Ausstellung „’Das hat’s bei uns nicht gegeben!’ – Antisemitismus in der DDR“ .....	10

#### Empfehlung Fachbuch

Angst. Antisemitismus nach Auschwitz in Polen.....	14
Rassistische Kontinuitäten als DDR-Altlast?.....	16

#### Empfehlung Unterrichtsmaterial

Rechtsextremismus in der DDR.....	19
-----------------------------------	----

#### Empfehlung Film/DVD

There is no return to egypt – Die antizionistische Kampagne und die jüdische Emigration aus Polen 1968.....	21
Die Nationale Front – Neonazis in der DDR.....	22

#### Neu eingetroffen

Der Dachdecker von Birkenau.....	24
----------------------------------	----

Liebe Leserinnen und Leser, vor sich haben Sie die Oktoberausgabe des LaG-Magazins zu Rechtsextremismus und Antisemitismus im real existierenden Sozialismus. Die doppelte thematische Ausrichtung ergibt sich daraus, dass vor allem das Vorkommen von Antisemitismus ein weiterhin wenig beachtetes Thema ist. Der Fokus richtet sich dabei in den Essays vor allem auf die DDR, während sich im Rezensionsbereich unterschiedliche Beispiele, vor allem aus Polen finden. Das begründet sich nicht alleine mit dem Umstand eines sehr virulenten Antisemitismus, sondern eben auch darin, dass es eine relativ breite und immer wiederkehrende gesellschaftliche Debatte dazu im Land gibt.

Für die DDR sind zwar die Existenz von Rechtsextremismus und Antisemitismus gut belegt, für die historisch-politische Bildung gibt es allerdings nur einen beschränkten Fundus an aufbereiteten didaktischen Materialien. Hier wäre eine vergleichende Perspektive, vor allem für den Umgang mit Antisemitismus, in beiden deutschen Staaten wünschenswert.

*Bernd Wagner* zeichnet die Entstehung von Neonazigruppen in der DDR nach und betont die Frontstellung von Neonazis und Skinheads gegenüber Staat und Partei in der DDR. Dabei thematisiert er auch deren Antisemitismus.

Auch *Jan Riebe* beschäftigt sich mit der Thematik des Rechtsextremismus in der DDR, geht jedoch stärker vom Selbstverständnis der DDR als antifaschistischem Staat aus

und geht zudem auf die Rolle der Staatssicherheit ein.

*Sabine Meyer* hat Presseberichte und Einträge in Gästebücher zur Ausstellung „Das hat’s bei uns nicht gegeben!“ – Antisemitismus in der DDR, der Amadeu Antonio Stiftung untersucht. In diesem Zusammenhang zeigen sich deutlich die Nachhaltigkeit von Ressentiments und die Ambivalenz von Besucher/innen gegenüber den Inhalten der Ausstellung.

### In eigener Sache

Unser Verein, die „Agentur für Bildung – Geschichte, Politik und Medien“, bereitet für den 9. Und 10. Juli 2015 gefördert durch die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft eine Tagung zur Zukunft der Erinnerung an Nationalsozialismus, Holocaust und den Zweiten Weltkrieg vor. Die Veranstaltung soll mit innovativen Formaten Fragen an die Zukunft der Erinnerung in der Migrationsgesellschaft stellen. Dazu gibt es einen Call for Papers zur Mitgestaltung der Workshops, auf den wir Interessierte hinweisen möchten.

Unser nächstes Magazin erscheint am 12. November und hat die Geschichte der Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter/innen zum Thema.

Wir wünschen Ihnen eine angenehme Lektüre,

Ihre LaG-Redaktion

### „Was nicht sein konnte, gab es nicht.“ Rechtsextremismus und Antisemitismus im real existierenden Sozialismus

von Bernd Wagner

#### Nazis demonstrativ gegen Staat und Partei

Im Spätherbst 1989 stellten etwa 200 junge Männer auf dem Karl-Engels-Forum vor dem Palast der Republik in Ost-Berlin ein lebendes Hakenkreuz. Blitzschnell marschierten sie an, formierten sich und bevor die Polizei zugreifen konnte verschwanden sie unerkannt.

Am 17. Oktober 1987 überfielen über 30 Naziskinheads die Zionskirche in Ost-Berlin, prügeln auf Besucher/innen eines Punkkonzerts ein und grölten: „Juden raus aus deutschen Kirchen“. Polizei und Staatssicherheit sahen zu. Erst nach kirchlichen Protesten kam die Strafverfolgung in Gang. Ein Schauprozess wurde in Gang gesetzt. Kritiker der Ereignisse in Ost und West sollten mundtot gemacht werden. Es sollte ein stabiler Sozialismus als Hort des Antifaschismus vorgegaukelt werden. Der Faschismus sei ein Westprodukt, wurde behauptet. Es wurde zunächst jedoch erklärt, dass die Täter Jugendliche seien, vom Westen aufgehetzt, verführt, die nicht wüssten was sie tun. Antinazi-Initiativen in Berlin, Dresden und anderswo wurden von der Staatssicherheit verfolgt. Selbst wache Mahner/innen in

der Staatspartei, der SED, bekamen Ärger mit der Geheimpolizei, während die Jüdische Gemeinde Hetzbriefe erhielt.

Im Finale des Fußball-FDGB-Pokals, der Einheitsgewerkschaft der DDR, im Jahr 1988 saß der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke im Berliner Stadion der Weltjugend nahe der Mauer auf der Ehrentribüne, um seinem Klub ‚FC Dynamo Berlin‘ zuzujubeln. Am Ende des Spiels gab es Randalen. Hunderte Skinheads und ‚Faschos‘ zerschlugen die Gitterabsperrungen, sangen Nazilieder und strecken die rechten Arme zum Hitlergruß. Ein Hauschwein wurde ausgesetzt. Das verängstigte Tier sollte Mielke darstellen.

Die drastischen Beispiele von Demonstrationen ließen sich fortsetzen. Es gab eine endlose Liste von rechtsradikalen Gewalttaten gegen Menschen die als ‚Feinde‘ galten. ‚Ausländer‘, und ‚Undeutsche‘ waren im Fadenkreuz. Überall im Land gab es Überfälle auf Farbige, Pol/innen, Russ/innen, Vietnames/innen, Linke, Punks, sogenannte ‚Asoziale‘, Schwule. Jüdische Friedhöfe wurden in allen Teilen der DDR oft folgenlos geschändet. Die Friedhöfe sollten ohnehin vergessen werden. Rechtsradikale Gruppen und Netzwerke waren dafür verantwortlich, auch wenn manch ein Schläger eigenen primitiven Impulsen und Motiven folgte.

Im Januar 1988 wurde ohne Eingreifen des Staates die erste politische Organisation in Berlin gegründet: die ‚Bewegung 30. Januar‘ in Ost-Berlin. Sie wurde nicht ernst genommen. Nach dem Fall der Mauer wurde

Sie zur ersten ostdeutschen Nazipartei. Die ‚Nationale Alternative‘ wie sie sich nannte, mutierte zu einem Magneten für Sympathisant/innen, Sinn suchende Jugendliche und Nazis aus Europa und Übersee. Eine Kaskade von Hausbesetzungen in Berlin-Lichtenberg eröffnete einen Kleinkrieg mit dem neuen demokratischen Staat und linken Antifa-Gruppen. Die Mission hieß: ‚nationale Revolution‘ und ‚Säuberung Deutschlands‘ überall in der DDR und in ganz Deutschland.

### Das letzte Jahrzehnt

Bis zum Beginn der 1980er Jahre waren Nazis in der DDR eher selten, wenn gleich immer wieder Grüppchen auftraten, rassistische und Naziideologie sichtbar wurde. Das Bild wandelte sich in den letzten 10 Jahren parallel zu Stagnation und Verfall des vorgeblichen Arbeiter- und Bauernstaates DDR jedoch rasant.

In der jungen Generation regte sich wie in jeder Generation zuvor Protest gegen die Altvordern, gegen die Anpasstheit der Eltern. Die Diktatur der Politik, der SED und der Staatssicherheit stießen auf verbreiteten Unwillen ohne sich zunächst Bahn zu brechen. Abweichung und Protest blieben im Alltag eher symbolhaft, nur Wenige gingen gegen die allgegenwärtige Macht aktiv und politisch vor. Darunter waren viele Kinder, die sozialistisch erzogen worden waren.

Zunehmend jedoch traten politische Vorstellungen und Verhaltensformen jenseits der Macht und ihrer Moral hervor. Es bildeten sich verschiedene Lifestyle-

Strömungen, die diese Attitüden von Freiheitsvorstellungen präsentierten. Fußballanhang und Punk waren die dominanten Milieus, in denen der rechtsradikal wirkende Protest zunächst aufwuchs und sich rasant verbreitete.

Schon ab 1980 kam es vermehrt zu rechtsradikalen Artikulationen aus solchen Gruppen heraus. Besonders in größeren Städten kam es zu nazistischen Präsentationen und Gewalt gegen die typischen Opfergruppen von Rechtsradikalen: Ausländer/innen, ‚Undeutsche‘, Homosexuelle. Judenhass war ein Markenzeichen und ein militanter Antikommunismus, der alles Linke traf. Einstmalige Punks prügeln auf ihre ehemaligen Sandkasten-Freunde los, die Punks geblieben waren. Randalen bei Volksfesten und Konzerten wurden üblich: alkoholgesättigte Auftritte von größeren Gruppen, die sich zunehmend überörtlich vernetzt hatten. Gewalt gegen Polizisten war keine Seltenheit mehr.

Aus spielerischem Protest mit Nazisymbolen wurde symbolhafte Randalen, dann gezielt rechtsradikale Gewalt. Die Gruppen und Strömungen junger Leute, die rassistischen und nazistischen Vorstellungen anhängen, vermehrten sich.

Neben anderen traten Skinheads auf den Plan und radikalisierten sich in mehreren Phasen besonders nazistisch. Sie erreichten immer höhere Radikalisierungsniveaus in Gewalt, Ideologie und Aktivismus. Es entstand ein Typus von ‚Kämpfer‘, der sich gewalttätig zeigte und sich traute, gegen

staatliche Maßnahmen vorzugehen. Es bildete sich eine kleine aber aktive nazistische Bewegung, die den Kampf gegen die Kommunisten und für ein nazistisches ‚ausländerfreies Deutschland‘ als ‚Mission‘ ansahen.

Ab 1986 machten vermehrt sogenannte ‚Faschos‘ von sich reden, die sich als Nazis verstanden, ob als Skinhead oder äußerlicher ‚Normalo‘. In Mode kam Bekleidung, ähnlich der Naziuniformierung und den Haarschnitten wie sie in der ‚Hitlerjugend‘ üblich waren. Skinheads waren nicht immer als Nazis zu erkennen, wenn sie nicht entsprechende Symbole zeigten. Mit der verstärkten Strafverfolgung 1988 tarnte sich die rechtsradikale Szene, ohne ihre Erkennbarkeit zu verlieren. Jedoch: Wer wissen wollte konnte wissen, wer dem rechtsradikalen Geist frönte. Die anwachsende Bewegung konnte trotz Diktatur mit Stasi-Einsatz nicht gebrochen werden. In der Bevölkerung engagierten sich nur wenige dagegen. Viele teilten ausländerfeindliche Vorstellungen.

### Das Ende der DDR

Die DDR endete 1990 mit einem regional unterschiedlich ausgeprägten Nazinetzwerk in dem bis zu 15.000 Personen auffällig waren. Etwa 5000 wurden als hartleibige und brutale Gewalttäter aktiv. 1000 davon waren der Polizei als hartnäckige Rückfalltäter/innen namentlich bekannt. SED und Sicherheitsbehörden waren ohne Strategie, wollten alles verheimlichen. Im Antifaschismus konnte es keine Faschisten geben,

lautete die Parole. Mahner und Warner wurden dagegen verfolgt. Und: der Westen sei an allem schuld, hieß es in der Propaganda, so wie im Fall des Überfalls auf die Zionskirche 1987.

Es fanden mit dem Fall der Mauer schnelle organisatorische Vereinigungen mit den westdeutschen Rechtsextremisten statt. Mindestens fünf vereinigte Netzwerke und Parteigebilde entstanden, ein Vorgang der nur wenig politische Beachtung fand. Von dort führte seit 1991 eine Entwicklungslinie bis zu ‚Freien Kräften‘, erneuerter NPD und zum ‚Nationalsozialistischen Untergrund‘, der unter staatlicher Beobachtung zehn Jahre später eine Mordserie begann. In der Bevölkerung konnten die Rechtsradikalen mit ihrer Ausländerfeindlichkeit punkten. Sie waren nun keine Bürgerschrecks mehr, wie

sich in vielen Pogromen bis 1994 und auch später zeigte.

Über den Autor  
Bernd Wagner, Dr. phil., Diplom-Kriminalist.  
1976-1991 Kriminalist in der DDR und in der BRD. Seit 1980 mit Rechtsradikalismus als Ermittler und Analyst, 1990-1991 als Leiter Staatsschutz im Zentralen Kriminalamt der DDR und im GLKA der neuen Bundesländer mit Extremismus und Terrorismus befasst. Ab 1992 in verschiedenen Bundesprogrammen als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Akteur gegen Rechtsextremismus und Islamismus engagiert. Entwicklung von Initiativen und Trägern, wie 1993 dem Berlin-Brandenburger Bildungswerk e.V., 1997 dem Zentrum Demokratische Kultur, 2000 EXIT-Deutschland und 2013 Hayat-Deutschland.

### Rechtsextremismus in der DDR

von Jan Riebe

Es klingt paradox: Gerade weil die DDR sich als antifaschistischer Staat verstand, war sie für Rechtsextremismus im eigenen Land nicht sensibilisiert. Eine Auseinandersetzung mit der Neonaziszene der DDR macht aber nicht nur unter historischen Gesichtspunkten Sinn. Denn: Damals erprobte die rechte Szene schon Strategien, die auch aktuell die Polizei immer wieder zu überfordern scheint.

#### Die DDR als antifaschistischer Staat

Die DDR sah sich als antifaschistischen Staat. Grundstein des Antifaschismusverständnisses der DDR war die sogenannte Dimitrow-These. Nach dem bulgarischen Kommunisten Georgi Dimitrow ist der Faschismus an der Macht „die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Da das Finanzkapital und die Großindustrie verstaatlicht wurden, sahen sich sozialistische Staaten wie die DDR der Logik der Dimitrow-These folgend als antifaschistische Staaten. Verbunden war dies mit der Annahme, in sozialistischen Staaten könnten keine faschistische Strukturen und somit auch kein nennenswerter Rassismus, Antisemitismus oder Rechtsextremismus entstehen. Diese

Sichtweise machte die DDR-Staatsführung weitgehend blind für eben diese menschenverachtenden Ausdrucksformen.

### Rechtsextremismus in der DDR

Rassistische, antisemitische und faschistische Äußerungen und Handlungen waren in der DDR durchgängig vorhanden. Harry Waibel kommt in seiner Dissertation „Rechtsextremismus in der DDR bis 1989“ zu dem Ergebnis, dass „während der gesamten Existenz der DDR unzählige Hakenkreuze und SS-Runen an Wänden oder Gegenständen angebracht und Hitler, die SS und die Wehrmacht in Texten und Liedern verherrlicht wurden. Ausländer, Juden, Homosexuelle und kommunistische Funktionäre wurden verbal und manifest angegriffen, und es wurden jüdische Friedhöfe geschändet“.

Von einer rechtsextremen Szene kann in der DDR, laut Rechtsextremismusexperte Bernd Wagner, aber erst seit den frühen 1980er Jahren gesprochen werden. Die Neonazis, die offen auftraten waren am Anfang überwiegend Skinheads. Die Anfangsphase 1980 war gekennzeichnet durch Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Richtungen in der jugendkulturellen Szene. Die nach außen dominierende Jugendgruppe waren die Punks. Gewaltausübende und Opfer gehörten in die gleiche jugendkulturelle Szene. Punks einte die Ablehnung der empfundenen Spießigkeit der DDR, ansonsten hatten sie keine einheitlichen politisch-

en Überzeugungen. In den Folgejahren entstand eine Art Gewaltmonopol in der jugendkulturellen Szene, das die Skinheads ausübten. Körperliche Gewalt wurde gezielt als Disziplinierungsinstrument und zur Eroberung von Räumen eingesetzt. Die Anhängerschaft der Skinheads wuchs. Die Punkszene befand sich in einem Differenzierungsprozess. Gewaltbereite Punks gingen sehr häufig zu den Skins über.

Mitte der 1980er Jahre sahen die Neonazis vor allem in Ausländern, Schwule, Grufties und Punks ihre Feindbilder. Gewalt brach weniger spontan aus, sondern wurde ritualisiert; es war also viel einschätzbarer geworden, wann sie ausbrach. 1985 kam es beispielsweise zur Gewalt gegen Schwarze in Eberswalde, Dresden, Ostberlin, Cottbus, Görlitz und Königs Wusterhausen. Der Einsatz von Gewalt als „Angstterror“ orientierte sich auf bestimmte soziale Gruppen und Einzelpersonen. In der Endphase der DDR, so ab 1987 hatte sich im Vergleich zu 1981/82 die rechte gewalttätige Szene verfünffacht – die Opfergruppen blieb unverändert. Das Jahr 1987 markierte eine qualitativ neue Entwicklungsstufe mit einer Ausdifferenzierung der rechten Szene in „Faschos“ (Eigenbezeichnung) und Skinheads. Die Gruppenstruktur und die Aktivität der jeweiligen Gruppe wurde durch Anführer, die die Gruppenmitglieder befehligten, geprägt. Es kam zu ersten regelmäßigen Kontakten zwischen ostdeutschen Rechtsextremisten und rechten westdeutschen Parteien. Schon 1989 gab es ein DDR-weites, funktionierendes kommunikatives Netzwerk. Die

meisten Kreis- und kreisangehörigen Städte der DDR hatten 1989 Nazi-Szenen etwa in der Stärke von 5-50 Personen. In den Bezirken der DDR hatten sich bis zur Wende Organisationsstrukturen herausgebildet, die den Grundstock neonazistischer Parteien und autonomer Kameradschaften bildeten. Wie groß das rechte Potential am Ende der DDR war zeigen auch folgende Zahlen: Eine Studie der Ost-Berliner Kriminalpolizei, die diese 1989 veröffentlichte, benennt für die Jahre 1988/89 481 „einschlägige Verfahren mit über 1.000 Beteiligten“. Bernd Wagner, einst Oberstleutnant der Kriminalpolizei der DDR kommt zu dem Ergebnis, dass gegen Ende der achtziger Jahre ca. 5.000 militante Rechtsextremisten und ca. 10.000 Sympathisanten in der DDR aktiv waren.

### Die Rolle der Staatssicherheit

Der Inlandsgeheimdienst Staatssicherheit (Stasi) ignorierte die Naziszene der DDR lange Zeit weitgehend. Verantwortlich waren dafür im Wesentlichen zwei Punkte. Zum einen galt es, wie eingangs dargestellt, als unmöglich, dass sich aus dem Inneren eines sozialistischen Staates eine rechtsextreme Bewegung formieren konnte. Zum anderen standen vor allem die Punks, aber auch Grufties, im Visier der Stasi – allein ihr äußeres Erscheinungsbild und ihr rebellisches Verhalten machten sie zu Objekten der Repression. Die rechtsextreme Szene hob sich rein äußerlich und in ihren Tugenden stark von der Punkszene ab. Zwar provozierte Mitte der 1980er Jahre die rechte Skinheadszenen inhaltlich und vom Auftreten her die DDR-Staatsorgane. Dies

hatte auch Repressionen zur Folge. Die rechte Szene reagierte aber auf die Repression: Die Skinheads ließen sich die Haare wachsen und traten in der Öffentlichkeit fortan meist betont ordentlich, freundlich und diszipliniert auf. Mit diesem Erscheinungsbild war die rechte Szene äußerlich gut in den DDR-Alltag integrierbar. Und für die Stasi bestand scheinbar ein Beleg, dass ihre Repression Erfolg hatte. Das Gegenteil war jedoch der Fall. Die Nazis radikalisierten sich in ihrer Weltanschauung, fielen äußerlich als Nazis aber nur dem geschulten Auge auf. Eine auch gegenwärtig sehr aktuelle Taktik, wie ein Blick auf viele vermeintliche Bürgerinitiativen gegen Flüchtlingsunterkünfte zeigt. Auch hier agieren Neonazis wieder im Äußeren, radikal in ihren Ansichten als angeblich besorgte Anwohnerinnen und Anwohner. Auf Seiten der Geheimdienste und Polizei scheint man ebenfalls nicht viel gelernt zu haben, wie die Ermittlungen zum rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) belegen. So wurde der NSU u.a. nicht entdeckt, weil er keine Bekennerschreiben zu den eigenen Morden hinterließ. Auch hier machten die Staatsorgane eine Vermutung, wie Nazis sich angeblich verhalten, zum Maßstab ihrer Arbeit und suchten gar nicht erst in der rechten Szene nach den Täterinnen und Tätern.

Über den Autor  
Jan Kieße, Diplom-Sozialwissenschaftler, ist Mitarbeiter der Antisemitismus-Stiftung. Aktuell arbeitet er dort als Referent im Bereich „Projekte gegen Antisemitismus“ und als Koordinator beim „Projekt Schutzschild“, welches Willkommensinitiativen und Kommunen im Bereich der Flüchtlingsarbeit vernetzt und berät.

### Argumentationsmuster in der Debatte um die Ausstellung „Das hat's bei uns nicht gegeben! – Antisemitismus in der DDR“

von Sabine Teichmüller

Gab es Antisemitismus in der antifaschistisch proklamierten DDR? Dieser Frage geht die Ausstellung „Das hat's bei uns nicht gegeben! – Antisemitismus in der DDR“ der Amadeu Antonio Stiftung nach, die seit April 2007 durch deutsche Städte und Gemeinden wandert.

Wissenschaftlich sind das Leben von Jüdinnen und Juden in der DDR, die antiisraelische Haltung des DDR-Regimes und dessen ideologisch bestimmter Umgang mit Antisemitismus und Nationalsozialismus gut erforscht. In der Öffentlichkeit des wiedervereinigten Deutschlands wurde dem Thema „Antisemitismus in der DDR“ jedoch wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Ziel der Ausstellungsinhalte/innen war es deshalb, eine gesellschaftliche Debatte anzuregen.

Dies ist gelungen: In den ersten Monaten nach der Ausstellungseröffnung im April 2007 wurde das Thema intensiv in überregionalen und sich politisch links verortenden Zeitungen und Zeitschriften diskutiert. Außerdem setzte eine umfangreiche media-

le Berichterstattung in regionalen Blättern an den jeweiligen Ausstellungsorten ein, die bis heute anhält. Auch in den Gästebüchern der Ausstellung wurde eine rege Debatte um den Antisemitismus in der DDR geführt. Die zentralen Argumentationen innerhalb dieser Auseinandersetzungen um das Ausstellungsthema sollen nachfolgend dargestellt werden.

### Untersuchungsgrundlage

Analysiert wurde die gesamte printmediale Presseberichterstattung für den Zeitraum zwischen April 2007 und Mai 2010 sowie die in dieser Zeit durch Ausstellungsbesucher/innen beschriebenen Gästebücher. Augenfällig war dabei, dass die zentralen Argumente in den Debatten wiederkehrend in beiden Medien aufgetaucht sind. Zudem dokumentieren die Analyseergebnisse anschaulich den Umstand, dass die Wanderausstellung im Untersuchungszeitraum fast ausschließlich in den neuen Bundesländern präsentiert wurde.

### Zustimmende Argumentationen

Insgesamt stehen sowohl Presseberichterstattung als auch Ausstellungsbesucher/innen, die einen Eintrag im Gästebuch hinterließen, den Ausstellungsinhalten und der Diskussion des Themas „Antisemitismus in der DDR“ überwiegend offen gegenüber. In beiden Medien wird die Bedeutung einer kritischen Aufarbeitung des Themas betont, das häufig als tabuisiert charakterisiert wird („17 Jahre nach der Wende wird damit nun erstmals ein Tabu erforscht.“). Insbesondere Ausstellungsbesucher/innen wünschen

sich eine breite Resonanz und Diskussion der Ausstellung in der deutschen Öffentlichkeit („Nicht in die Räume, auf Straßen und Plätze gehört diese Ausstellung!“). In den überregionalen und regionalen Printmedien wird die Ausstellung vor allem als potentiell Korrekтив der DDR-Erinnerung gesehen: Endlich werde mit dem antifaschistischen Gründungsmythos der DDR aufgeräumt und damit einer nachträglichen Verklärung ostdeutscher Verhältnisse vor 1989 entgegengewirkt („Schluss mit einem Mythos“).

Beide – Presseberichterstattung und Gästebucheinträge – attestieren der Ausstellung eine wichtige Funktion für die gegenwärtige Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Nationalsozialismus. Ausstellungsbesucher/innen betonen dabei Aspekte wie Aufklärung und Erinnerung als grundlegende Voraussetzungen eines Geschichts Bewusstseins, welches von der Ausstellung befördert werde („Aus der Vergangenheit gilt es zu lernen!“). Regionale und überregionale Presseorgane greifen das Argument der Ausstellungsinitiator/innen auf, die meinen, der Antisemitismus in der DDR sei Ursache für den heute verbreiteten Rechtsradikalismus in den neuen Bundesländern („Diese Verdrängung ist einer der Gründe, warum sich der Rechtsextremismus im Osten so stark entwickeln konnte.“). Vereinzelt wird in bürgerlich-konservativen Printmedien (z.B. Welt, B.Z.) der Versuch unternommen, die Debatte zu instrumentalisieren, indem drastische Vergleiche zwischen DDR und NS-Staat hergestellt werden („Nicht wes-

entlich anders haben es auch die Nazis gehalten...“). Einer aufrichtigen Auseinandersetzung mit dem Ausstellungsthema wirken solche Strategien entgegen, da sie reflexhafte Abwehr- und Verteidigungsmechanismen bei ehemaligen DDR-Bürger/innen sowie in der politischen Linken befördern.

### Ambivalente Argumentationen

Die persönliche Betroffenheit und daraus resultierende Ambivalenz in Bezug auf die Ausstellungsinhalte wird insbesondere in Gästebucheinträgen deutlich. Ehemalige DDR-Bürger/innen lehnen eine Auseinandersetzung mit dem Thema „Antisemitismus in der DDR“ nicht grundsätzlich ab, fürchten allerdings eine pauschale Verurteilung der eigenen Überzeugungen und Lebensverhältnisse durch die Ausstellung. Gern verweisen sie deshalb auf die „andere Seite“ des DDR-Antifaschismus, der u.a. eine Vielzahl kultureller Erzeugnisse zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit hervorgebracht habe („Es gab aber auch die ‚Andere‘ DDR, die mit Büchern, Filmen und Fernsehspielen auf das Leid der jüdischen Bevölkerung hingewiesen hat!“).

Auch in der Presseberichterstattung findet sich solche Ambivalenz in der Beurteilung der Ausstellung: In der politisch links verorteten Presse (z.B. Freitag, antifa) wird die fehlende Aufarbeitung des nationalsozialistischen Antisemitismus in der DDR einerseits deutlich kritisiert, die antifaschistische Grundhaltung der DDR-Bevölkerung – „die bei vielen Menschen im Lande ehrli-

che Gesinnung war“ – will man andererseits nicht in Zweifel gezogen sehen. Zur Untermauerung der Redaktionsmeinung lassen Printmedien jüdische Zeitzeug/innen zu Wort kommen, die die jeweiligen Ansichten durch eigene Erlebnisse zu bestätigen wissen („Offenen Antisemitismus habe ich dort nicht erlebt“).

Offensichtlich dominieren in der untersuchten Debatte um die Ausstellung vielfach politische Überzeugungen sowie emotionale Befindlichkeiten ehemaliger DDR-Bürger/innen. Dies zumindest legen auch die ablehnenden Argumentationen nahe.

### Ablehnende Argumentationen

Ablehnung gegenüber den Ausstellungsinhalten zum Thema „Antisemitismus in der DDR“ findet sich innerhalb der Presseberichterstattung ausschließlich in der linken Presse sowie in ca. 30 Prozent der analysierten Gästebucheinträge. Trotz ihres quantitativ geringeren Anteils nehmen ablehnende Einträge in den Gästebüchern deutlich mehr Raum ein als zustimmende: Kritische Besucher/innen rechtfertigen ihre ablehnende Haltung häufig sehr detailliert und verteidigen leidenschaftlich ihre persönlichen Überzeugungen.

In beiden medialen Formaten wird Ablehnung mit Hilfe von drei zentralen Argumenten zum Ausdruck gebracht. Das am stärksten vertretene Argument von Ausstellungsbesucher/innen gegen die präsentierten Fakten ist die Verteidigung des DDR-Antifaschismus. Hierfür wird die eigene erfolgreiche antifaschistische Erziehung

beschrieben, die im Widerspruch zu den gezeigten Ausstellungsinhalten steht („Wir wurden gegen den Antisemitismus erzogen.“). Aus der persönlichen Erinnerung wird vielfach Allgemeingültigkeit abgeleitet, die den Vorwurf einer Delegitimationsintention der Ausstellungsmacher/innen generiert: Die Ausstellung zeige Halbwahrheiten, Falschdarstellungen und Lügen, um eine politisch motivierte Verfälschung der DDR-Vergangenheit zu erreichen („... an der DDR darf kein gutes Haar gelassen werden.“). Dieser Delegitimationsvorwurf taucht auch in der linken Presse vielfach auf.

Ablehnende Gästebucheinträge und linke Presseorgane fordern deshalb eine vergleichende Darstellung von Antisemitismus in der DDR und der BRD vor 1989. Die einseitige Abbildung ostdeutschen Antisemitismus' sei ohnehin unwissenschaftlich. Eine Verschiebung des Fokus durch die Einbeziehung der BRD – so wird spekuliert – würde den tatsächlich gewesenen Antisemitismus in der DDR relativieren („Fest steht, dass der Antisemitismus in der ehemaligen DDR nicht so verbreitet war wie in der BRD.“). Auch dieses Argument belegt eine in den Debatten um die Ausstellung identifizierbare Konkurrenz politischer Systeme sowie die persönliche Betroffenheit ostdeutscher Ausstellungsbesucher/innen, die versuchen, den Verdacht eines pauschalen Antisemitismus abzuwenden.

Anders als in der linken Presse wird in den Gästebüchern der Antizionismus Ostberlins häufig gerechtfertigt. Die Kritik an Israel müsse möglich sein und habe mit Antisemi-

tismus nichts zu tun, so die Argumentation („Man kann den Staat Israel zu Recht kritisieren...“). Dass die Feindschaft des DDR-Regimes gegenüber dem jüdischen Staat ideologisch fundiert war und weit über sachliche politische Kritik hinausreichte, wird dabei nicht reflektiert.

Ein weiteres interessantes Phänomen hinsichtlich der zum Ausdruck kommenden Ablehnung weist die regionale Presseberichterstattung auf: Während dort eine durchgängig offene Haltung gegenüber der Ausstellung gezeigt wird, weisen die abgedruckten Leser/innenbriefe ausschließlich Ablehnung auf. Diese große Dissonanz zwischen der in den Artikeln abgebildeten Redaktionsmeinung und den abgedruckten Leser/innenbriefen ist eher ungewöhnlich, da die Rubrik der Leser/innenpost in der Regel weitgehend das Meinungsbild der Redaktion spiegelt. Die Ursache dafür könnte im Selektionsverhalten der zuständigen Redaktionen liegen oder aber andererseits auch aus den ausschließlich ablehnenden Zuschriften der Leser/innen abzuleiten sein.

Zusammenfassend lässt sich aus der Analyse der printmedialen Presseberichterstattung und der Gästebucheinträge zwischen 2007 und 2010 festhalten: Die Zustimmung zur Ausstellung und der Aufarbeitung des Themas „Antisemitismus in der DDR“ überwiegt deutlich gegenüber der Ablehnung. Eine Diskussion und Enttabuisierung des Themas wird von den Ausstellungsbesucher/innen und regionalen Presseorganen in den neuen Bundesländern grundsätzlich begrüßt. Gleichzeitig zeigen die De-

batten allerdings auch Verteidigungslinien auf, die überwiegend aus der persönlichen DDR-Vergangenheit vieler Akteur/innen und deren Rechtfertigung resultieren. Schließlich geht es um politische Überzeugungen und Standpunkte, die bis heute aktuell sind und kontrovers diskutiert werden.

Wirdank bei der Annette Antonia Stiftung für die Möglichkeit zur Zweitveröffentlichung dieses Artikels.

Universität Lüneburg, Angewandte Kulturwissenschaften mit dem Schwerpunkt Sozial- und Kultureschichte, studiert und 2010 ihre Masterarbeit über die Auswertung der Berichterstattung und über Gästebücher zur Ausstellung „Das hat's bei uns nicht gegeben! – Antisemitismus in der DDR“ geschrieben.

### Angst. Antisemitismus nach Auschwitz in Polen.

Von Anne Lepper

Der Antisemitismus basiert in Polen wie überall auf der Welt auf Vorurteilen. Im post-nazistischen, post-sozialistischen Polen, in das das Buch von Jan Tomasz Gross 2006 große, entrüstete Wellen schlug, lassen sich diese verkürzt in zwei verschiedene Stoßrichtungen einteilen:

Während die stark katholisch geprägte polnische Gesellschaft sich nach wie vor altergebrachter antisemitischer Stereotypen und Anfeindungen bediente, wurden diese durch die Vorstellung ergänzt, die Juden im Land hätten die Entstehung einer „Judäo-Kommune“, also die Etablierung des kommunistischen Regimes nach sowjetischem Modell, begünstigt, wenn nicht sogar vorangetrieben. Letzteres Begründungsmuster wirkt besonders bizarr, betrachtet man das Verhalten der kommunistischen Behörden im Nachkriegspolen. Denn diese waren – so Gross – mitnichten daran interessiert, „jüdische“ Belange zu vertreten, selbst wenn dies nur bedeutete, die wenigen verbliebenen Juden im Land vor verbalen und physischen Attacken durch die polnisch-katholische Bevölkerung zu schützen. So kam es

denn auch in den ersten Jahren nach dem Krieg zu mehreren Pogromen, in denen sich Hass, Gewalt und Habgier auf blutige Weise entluden.

Das Tragische an diesen Morden, so schreibt Gross, liegt vielleicht „weniger in der Anzahl der Getöteten als vielmehr in der Tatsache, daß die Opfer Menschen waren, die gerade die größte Katastrophe in der Geschichte Polens erlebt“ – und auf wundersame Weise überlebt – hatten. (84)

Doch woher kam dieser Hass, der Menschen dazu brachte jene zu töten, die gerade erst der nationalsozialistischen Lager entkommen waren?

### Die Zurückkehrenden als „Symbol der Sünde“

Gross begründet ihn mit der titelgebenden Angst – vor den Zurückkehrenden und dem, was sie zu berichten hatten. Diese Angst basierte sowohl auf moralischen als auch auf ökonomischen Aspekten, denn die Überlebenden zeugten nicht nur von den Verbrechen der Nationalsozialisten und der polnischen Kollaborateur/innen, sondern sie kehrten auch als potentielle Eigentümer/innen geplündelter Waren und Immobilien in die polnischen Provinzen zurück und rührten somit an das Gewissen derer, die wenige Jahre zuvor von der Verfolgung und Enteignung ihrer jüdischen Mitbürger/innen profitiert hatten.

Die Angst derer, die sich ihres Verhaltens während dem Krieg – ob als Kollaborateur/in, Profiteur/in oder schweigender Zaungast – durchaus bewusst waren, führte im Nach-

# Lernen aus der ■ Geschichte ■

## Empfehlung Fachbuch

kriegspolen dazu, dass Juden und Jüdinnen sich vielerorts nicht öffentlich bewegen konnten, ohne um ihr Leben zu fürchten. Der virulente Mechanismus einer Täter-Opfer-Umkehr und die damit erneut einhergehenden antisemitischen Anfeindungen und Übergriffe führten im Nachkriegspolen dazu, dass für einen Juden oder eine Jüdin eine einfache Zugfahrt nicht selten mit dem Tod endete.

Die Gewaltausbrüche fanden ihre traurigen Höhepunkte in den Pogromen von Krakau, Rzeszów und Kielce. In allen drei Fällen entfachte sich die Aggression der Angreifer/innen durch so absurde wie abgedroschene Gerüchte, christliche Kinder seien getötet worden, um „Matze“ (Brot) herzustellen.

### Die „Gerechten“ unter den „Ungerechten“

Doch nicht nur die wenigen verbliebenen Juden und Jüdinnen im Land mussten sich vor den gewalttätigen Auswüchsen der Angst ihrer katholischen Nachbar/innen fürchten. Auch jene, die in den nationalsozialistischen Terrorjahren ihre jüdischen Mitbürger/innen gedeckt, versteckt und unterstützt hatten, waren nach dem Krieg von Ausgrenzungen und öffentlichen Anfeindungen betroffen. Die Ursache dafür vermutet Gross in der Tatsache, dass diese Menschen als lebende Beweise dafür dienten, dass man sich in jener Zeit auch hatte anders verhalten können. Damit wurde die Behauptung, man hätte ja nichts tun können, obsolet. Die Retter/innen wurden deshalb zu gesellschaftlichen Außenseiter/in-

nen oder stellten selbst große Bemühungen an, um ihr Handeln während des Krieges vor der Öffentlichkeit zu verbergen.

### Der Antisemitismus als gesellschaftlicher Synergieeffekt

Doch weshalb bemühte sich die kommunistische Nachkriegsregierung nicht um eine Eindämmung des verbreiteten Antisemitismus und der damit verbundenen Übergriffe? Gross begründet die Apathie von oben durch eine unausgesprochene Übereinkunft zwischen Behörden und Bevölkerung. Die Regierung verzichtete auf eine Thematisierung der Mitverantwortung der polnischen Bevölkerung an den Leiden ihrer jüdischen Landsleute während und nach dem Krieg und sicherte sich dadurch eine erste, wenn auch wackelige Legitimität in der antikommunistisch geprägten Gesellschaft. Diese Haltung ging in den folgenden Jahrzehnten in einem manifesten, institutionalisierten Antisemitismus auf, der 1968 schließlich dazu führte, dass Tausende resignierter Jüdinnen und Juden das Land verließen. So kommt Gross denn auch in seinem Fazit zu folgendem Schluss: „Die Wahrheit ist, daß die Kommunisten die ethnische Säuberung, welche die NS-Besatzung begonnen hatte, vollendeten.“ (344)

Im Lichte der im vorliegenden Band ausgearbeiteten Thesen erscheint ein vermeintlicher struktureller Zusammenhang zwischen „den Juden“ und dem kommunistischen Regime daher umso widersinniger, waren doch die Kommunisten in keiner Weise daran interessiert, sich mit dem Antisemitismus im

Land auseinanderzusetzen.

Literatur

### Reaktionen in Polen

Wie eingangs erwähnt führte das Erscheinen des Buches 2006 zu heftigen Reaktionen in Polen. Die kollektive Anklage, die Gross darin formuliert, wurde in der Gesellschaft auch als solche wahrgenommen. Die daraus resultierende Kritik, Gross neige zu Verallgemeinerungen, Vereinfachungen und Dramatisierungen, läuft jedoch vielfach ins Leere. Die schwerwiegenden Vorwürfe, die der Autor in Bezug auf die polnische Nachkriegsgesellschaft vorbringt, werden durch zahlreiche Belege und Verweise gestützt und eröffnen meist eine differenzierte Perspektive auf die jeweiligen Vorgänge. Gross ist in der Lage zu differenzieren und in seine Überlegungen auch Gegenbeispiele und Dissonanzen mit einzubeziehen. So taugt denn auch der Kritikpunkt nicht, Gross verharmlose durch seine Darstellung die deutsche Verantwortung für die Shoah. In seinem Buch macht der Autor unmissverständlich deutlich, dass es in der polnischen Geschichte keinerlei Absichten gab, das jüdische Volk zu vernichten. Dass der Antisemitismus in Polen dennoch in einen Genozid mündete, ist alleine den Deutschen zuzusprechen. „Die Polen hatten keinen Einfluß auf diese Entscheidung, sie konnten nichts gegen sie tun und sind in keiner Weise für sie verantwortlich.“ (365) Dies annehmend erscheint es umso sinnvoller, sich mit den ~~Mechanismen und Ursachen~~ eines Antisemitismus „nach Auschwitz“ in Polen auseinanderzusetzen.

Jan Tomasz Gross: Angst. Antisemitismus nach Auschwitz in Polen. Suhrkamp Verlag, Berlin (2012). 454 Seiten. 26,95 Euro.

### Rassistische Kontinuitäten als DDR-Altlast?

Von David Zolldan

„Es gab in der DDR institutionalisierten und gesellschaftlichen Rassismus, von dessen Ausmaß niemand wusste, weil niemand es wissen sollte.“ (S. 114)

### Rassistische Kontinuitäten

Ausgangspunkt für die Analyse Waibels ist die Erkenntnis, dass der Anteil ostdeutscher Täter/innen bei der „Explosion“ der rassistischen Gewalt im wiedervereinigten Deutschland seit 1990 überproportional hoch war. Für den Autoren ist die „gegenwärtige Situation“ in Deutschland mit ihren unterschiedlichen Ebenen von Rassismus nicht allein mit den politischen und sozialen Neuordnungen seit 1990 zu erklären, sondern „wesentlich auch der Tatsache der rassistischen Kontinuität geschuldet.“ (S. 11, siehe hierzu auch: Waibel: Verleugnende Verdrängung)

So fragt sich der aus Weil stammende Historiker weiter: Hat es einen wesentlichen Unterschied zwischen dem Rassismus in der Bundesrepublik und der DDR

gegeben? Im Gegensatz zur BRD habe es in der DDR seit dem 13. August 1975, dem ersten von mindestens 30 nachweisbaren Angriffen auf Wohnheime für Ausländer, Pogrome durch einen „rassistischen Mob“ und keine Reaktion durch den Staat gegeben. Vor diesem Hintergrund wäre auch die Vorstellung zu revidieren, in Hoyerswerda habe 1991 das erste rassistisch motivierte Pogrom in Deutschland nach dem II. Weltkrieg stattgefunden.

### Materialbasis

Als Beleg für diese konstatierten Kontinuitäten wird das Buch etwa zur Hälfte von einer Art Archiv-gestützten Chronik zum institutionellen und alltäglichen Rassismus in der DDR begleitet. Hier werden aus 8600 dokumentierten Propaganda- und Gewaltdelikten etwa 600 teilweise bisher unveröffentlichte Ereignisse aus den Archiven des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR (BStU) und dem Bundesarchiv dargestellt.

Diese Materialbasis beinhaltet eine Vielzahl von Schändungen jüdischer Friedhöfe unmittelbar nach dem Krieg, Hakenkreuzschmierereien seit den 1950er Jahren, sowie rassistische Pogrome mit mindestens 10 Toten in den 1970er und 80er Jahren, die das Leugnen des Rassismus in der DDR selbst auf der Phänomen-Ebene verunmöglichen.

### Historische und ideologische Ursachen als Ausgangslage

Wie sind die von Waigel zusammengetragenen

rassistischen Angriffe und Attacken auf Wohnheime zu erklären? Einerseits seien die Begriffe des Rassismus und Faschismus (ökonomisch) verengt oder deren Existenz bzw. konkrete Ausprägung weitestgehend geleugnet oder ideologisch externalisiert worden, indem sie „westlichen Einflüssen und Agenten“ zugeschrieben wurden. Ein selbstkritischer Eigenbezug sei nicht vorhanden gewesen; die Grundlagen des eigenen Staates als Ursache und Katalysator wurden ausgeklammert. Zusätzlich habe eine öffentliche Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Prägung der Bevölkerung in der DDR nicht stattgefunden.

Dazu betont Harry Waibel das vollständige Ausbleiben von wissenschaftlichen Analysen zum Rassismus in der DDR vor allem vor 1990, für das ein Publizierungs- und Forschungsverbot zu rassistischen Ereignissen ein Ausdruck war. Forschungen seit 1990 wiederum hätten der Ebene der Diskriminierung (vor allem als Segregation) von staatlicher Seite zu wenig Beachtung entgegengebracht.

Die noch heute anzutreffende und ebenfalls von der Amadeu-Antonio-Stiftung im Zuge der gleichnamigen Ausstellung abgebildete Haltung des „Das hat`s bei uns nicht gegeben“ (siehe Sabine Teichmüllers Artikel in dieser Ausgabe) veranlasst so auch Waibel der fortgesetzten „verleugnenden Verdrängung des Rassismus in der DDR durch orthodoxe Verteidiger der politischen und sozialen Verhältnisse der DDR“ (S. 12) mit einer materialbasierten

# Lernen aus der ■ Geschichte ■

## Empfehlung Fachbuch

Forschung den Wind aus den Segeln nehmen zu wollen.

### Unklarheiten/Kritik

Leider wird nicht abschließend deutlich wie der Autor Begriffe wie „rassistischer Mob“ und „Pogrom“, Rassismus und Neonazismus etc. anwendet, füllt oder auch gegeneinander abgrenzt. Im Gegensatz zur beispielsweise gegenüber seinem Werk „Diener vieler Herren. Ehemalige NS-Funktionäre in der SBZ/DDR“ geäußerten, nun umgesetzten, früheren Kritik der unzureichenden Quellennachweise, wäre auch in Waibels neuestem Werk dazu ein intensiveres Lektorat wünschenswert gewesen. Im Zuge der an Waibels Untersuchungen des Öfteren bemängelten unklaren Auswahlkriterien für die jeweilige Analyse und der damit zusammenhängenden fraglichen Wirksamkeit bleibt das Verhältnis von Propaganda- und Gewaltdelikten unklar.

### Fazit

Waibel arbeitet aber insgesamt an einem wichtigen Deseiderat der DDR- und Rassismusforschung, indem er in ideologiekritischer Absicht verstetigte Erklärungen und Argumentationen für rassistische Ereignisse nach der Wiedervereinigung hinterfragt. Dazu rüttelt er an den DDR-affirmativen Mythen vom antifaschistischen Staat, in dem der „Faschismus mit Stumpf und Stil ausgerottet“ gewesen sei und damit auch dem Rassismus mit der plansozialistischen Umstrukturierung der Produktion die Grundlagen genommen worden wären.

Ähnlich wie Armin Pfahl-Traugber in einer

Rezension zu Waibels Titel „Diener vieler Herren. Ehemalige NS-Funktionäre in der SBZ/DDR“ anmerkte, ist der Verdienst seiner neuesten Veröffentlichung, anhand von zahlreichen Einzelbeispielen zu verdeutlichen, dass es sich bei der Leugnung oder Ausklammerung von Rassismus in der DDR um eine historische Legende zur Selbstlegitimation der DDR handelt.

Zur Positionierung und Fundierung fachwissenschaftlich Interessierter mag „Der gescheiterte Anti-Faschismus“ trotz einiger stilistischer und methodischer Schwächen dennoch anregen.

### Literatur

~~Waibel, Harry (2014): Der gescheiterte Anti-Faschismus der SED. Rassismus in der DDR. Frankfurt am Main: Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften, 2014. 293 Seiten.~~

Waibel, Harry: Verleugnende Verdrängung. Rassismus in der DDR und die Folgen bis heute. In: Antifaschistisches Infoblatt 98. Frühjahr 2013

Tendenzen und Strukturen in der Bevölkerung.

### Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Shoah in der DDR

#### Rechtsextremismus in der DDR

Die Amadeu Antonio Stiftung stellt online kostenlos eine Powerpoint-Präsentation zur Verfügung, die sich mit Rassismus, Rechtsextremismus und Neonazismus in der DDR auseinandersetzt. Die Präsentation arbeitet sich dabei an verschiedenen Aspekten und Phasen des realsozialistischen Staates ab. Klar strukturiert gibt sie so einen guten Überblick über Aspekte, Persönlichkeiten und Ereignisse, die bei einer Behandlung des Themas Beachtung finden sollten.

#### DDR als antifaschistischer Staat

Bevor sich die Präsentation den neonazistischen Strömungen und Tendenzen innerhalb der DDR widmet, wird zunächst der Blick auf die DDR als „antifaschistischer Staat“ eröffnet. Diese Selbstbezeichnung, so wird deutlich, war ideologisches Programm und leere Floskel zugleich. Denn was gebetsmühlenartig von der Regierung vorgebetet und vom Volk reproduziert wurde, diente in erster Linie einer ideologischen Selbstversicherung. Treu nach dem Motto „Was es nicht geben darf, gibt es auch nicht“ ignorierte die Regierung daher lange Zeit rechtsradikale

Zwar wurde in der DDR die Shoah in der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung nicht verschwiegen, doch fanden sich Ursachen und Täter vor allem in Monopolkapital und nationalsozialistischer Elite. Die überlebenden Jüdinnen und Juden wurden durch die Kategorisierung als „Opfer des Faschismus“ noch einmal zurückgesetzt gegenüber den „Kämpfern gegen den Faschismus“, als die vor allem Kommunist/innen bezeichnet wurden. Eine Einordnung, die sich auch in niedrigeren Renten für Erstere ausdrückte. Wenngleich der Entnazifizierung und der Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen in den ersten Jahren des Bestehens der DDR noch eine verhältnismäßig hohe Bedeutung zugesprochen wurde, wurden damit verbundene juristische und gesellschaftspolitische Maßnahmen und Positionierungen bald eingestellt.

#### Die Stasi, die Jugendkulturen und die Neonazis

Während die Behörden staatsgefährdende Tendenzen lange Zeit eher in linksorientierten Jugendgruppen wie der „Punk-Bewegung“ zu sehen meinten, entwickelten sich in den frühen 1980er Jahren im rechts-extremen Lager nach und nach Strukturen, die über weitreichende Netzwerke und Aktionsradien verfügten. Handelte es

# Lernen aus der ■ Geschichte ■

## Empfehlung Unterrichtsmaterial

sich in der neonazistischen Szene anfangs noch vermehrt um unorganisierte gewaltorientierte Skinheads, entwickelten sich nach und nach Gruppenstrukturen und Netzwerke – bis weit über die Landesgrenzen hinaus. Diese dienten schließlich auch nach der deutschen Vereinigung für eine schnelle Kontaktaufnahme und Vernetzung ost- und westdeutscher Neonazis. Die DDR-Regierung setzte sich lange Zeit nicht mit dem Problem der rechtsradikalen Tendenzen auseinander. Erst als im Oktober 1987 ein Punkkonzert in der Berliner Zionskirche von Neonazis gestürmt wurde, sah sich die Regierung zu einer Positionierung und zum Handeln gezwungen.

### Implementierung in den Unterricht

Die Powerpoint-Präsentation eignet sich gut als Grundgerüst für eine Unterrichtseinheit zum Thema „Rechtsextremismus in der DDR“. Aufbau und Struktur des Vortrages entsprechen den Lern- und Aufnahmefähigkeiten von Schüler/innen der Sekundarstufen I und II. Multiplikator/innen, die mit der Präsentation arbeiten wollen, sollten sich jedoch im Vorfeld zusätzliches Wissen innerhalb des Themenfeldes aneignen. Dafür empfiehlt sich die Lektüre einer Ausgabe des Antifaschistischen Infoblattes, die sich schwerpunktmäßig mit Rechtsextremismus in der DDR auseinandersetzt. Die Präsentation kann im Internet kostenlos heruntergeladen werden.

### **There is no return to egypt – Die antizionistische Kampagne und die jüdische Emigration aus Polen 1968**

Von Anne Lepper

Als 1968 in Polen Studentenproteste für Unruhen sorgten, fand die politische Führung des Landes einen in diesem Zusammenhang abwegigen, jedoch altbewährten Sündenbock. Die Juden seien Schuld an der Aufruhr im Land, weshalb der kommunistische Parteichef Wladyslaw Gomulka ihnen in einer Rede am 19. März des Jahres unmissverständlich nahelegte, das Land zu verlassen. Sie könnten ja einfach gehen, brüllte er in das Mikrofon, und der Saal tobte. Die dadurch angestoßene antizionistische Hetzkampagne kostete etwa 20.000 Juden und Jüdinnen ihren Arbeitsplatz und mehrere Tausend von ihnen entschieden sich, eingeschüchtert und resigniert, Polen zu verlassen.

#### **Zielort Israel. Exil oder Heimat?**

Ein an der Universität Potsdam angesiedeltes Publikations- und Filmprojekt widmet sich denjenigen, die sich damals zur Emigration entschieden. Der Film von Klemens Czyżydło und Eik Dödtmann zeigt sieben Menschen, die damals unter den Eindrücken der antisemitischen Welle in Polen nach Israel flohen. Auf einfühlsame Weise versuchen die Filmemacher zu ergründen, welche Gefühle und Erinnerungen die Protagonist/innen mit 1968 verbinden. Dabei wird schnell deutlich, dass sich trotz vieler gemeinsamer Erfahrungen das Deu-

tungsmuster der Betroffenen stark unterscheidet. Denn so unterschiedlich wie die individuellen Verarbeitungsprozesse sind auch die sozialen, beruflichen, religiösen und politischen Hintergründe der Interviewten. Die Mitglieder der Migrationskohorte wurden durch die gemeinsame Erfahrung der erzwungenen Emigration zu einer engen Gemeinschaft, in der jedoch jede/r einen sehr individuellen Umgang mit dem Erlebten fand. Während die einen ihrem Heimatland konsequent den Rücken kehrten, fiel es anderen schwer, einen Umgang mit der erfahrenen Erniedrigung und dem Verlust der Heimat zu finden. Dies hatte auch Auswirkung auf das individuelle Identitätsgefühl, die persönliche Positionierung in Bezug auf die israelische Politik und die eigene Religion.

#### **Ein erzwungener Bruch**

Bei den Auswandernden von damals handelte es sich vielfach um junge Menschen, die besonders im Fokus der Kampagne standen, da diese sich ja offiziell gegen die Studentenproteste richtete. Kurz nach dem Krieg geboren, erfuhren sie von ihren Eltern tagtäglich, was Trauma und Leid in einem Menschen bewirken. Wie jene, die die Katastrophe der Shoah selbst erlebt und überlebt hatten, stellte die Verfolgung und Ermordung kein weit entferntes, von der Realität abgekoppeltes Ereignis dar. Sie lebten mit der Gewissheit, dass Gleiches jederzeit wieder geschehen könnte.

Doch im Film wird auch deutlich, dass die Nachkriegsgeneration sich – anders als die

älteren Protagonist/innen – als „die neuen Juden“ verstanden, die sich nicht länger unterdrücken und verfolgen lassen wollten. Viele von ihnen machten deshalb ihre Emigration zu einer bewussten Entscheidung – für den Staat Israel und gegen einen immerwährenden Opferstatus.

### Fazit

Der Film zeigt sehr intime Einblicke in die Gefühls- und Alltagswelt der Protagonist/innen. Viele der Gespräche finden nebenbei statt, beim Schabbatessen, einem Treffen von Mitgliedern der Migrationskohorte, einem Museumsbuch oder auf der Straße. Die Interviewten reden mitunter sehr offen und vertrauensvoll über das, was sie erlebt haben und ihre damit verbundenen Gedanken. Gerade diese Offenheit macht den Film zu einer gelungenen und bewegenden Dokumentation der Ereignisse von 1968.

Der Film kann auf dem Server der Universität Potsdam kostenlos mit deutschen oder englischen Untertiteln [heruntergeladen](#) werden. Dort finden sich auch weitere Informationen zu einem angeschlossenen Publikationsprojekt.

---

## Die Nationale Front – Neonazis in der DDR

Von David Zolldan

Der Angriff auf ein alternatives Konzert in der Ost-Berliner Zionskirche im Jahr 1987 gilt längst als Symbol für neonazistische Strukturen in der ehemaligen DDR. Die Dokumentation im Auftrag des Rundfunks Berlin-Brandenburg aus dem Jahr 2007, in der auch Bernd Wagner als Experte auftritt (siehe dessen [Beitrag in dieser Ausgabe](#)), thematisiert diesen ausführlich. Vor allem am Konzert als Organisator/innen, Besucher/innen oder als Angreifende beteiligte Personen leiten neben dem angestrengt wirkenden Sprecher als Zeitzeug/innen durch die Dokumentation und werden durch zeitgenössisches Filmmaterial begleitet.

In dieser Fokussierung liegt jedoch auch die Gefahr eines zeitlich-verengenden Blicks auf rassistische Ereignisse in der DDR. Beispiele aus den Jahrzehnten vor den 1980er Jahren werden nicht weiter beleuchtet, sondern einzig mit einem kurzen Exkurs zu Umgang und Kultur gegenüber so genannten Vertragsarbeiter/innen behandelt; diese habe „Monokulturalität“ und Alltagsrassismus befördert.

Auch wenn der Zeitzeuge Michael Horschig von „ständigen“ Angriffen auf Punks und alternative Jugendliche durch (rechte) Skinheads spricht, kann die Dokumentation abhängig vom Rezipienten einen entschuldigenden Ton gegenüber Denk- und Handlungsmustern der rassistischen und neonazistischen Täterinnen in der DDR

# Lernen aus der ■ Geschichte ■

## Empfehlung Film/DVD

vermitteln. Die untertönig als rein dissident vom politischen System der DDR dargestellten Akteur/innen scheinen mehrmals einer politischen Motivation enthoben. Die Produktion widmet sich daneben rassistischen und neonazistischen Äußerungen und Strukturen in der Fußball-Fankultur der DDR.

Ähnlich der populären These, der streng ritualisierte und instrumentalisierte Antifaschismus-Begriff in der DDR sei Schuld an rassistischen, antisemitischen und neonazistischen Ereignissen und Einstellungsmustern gewesen, wird auch der These Platz eingeräumt, der (antisemitische) Antizionismus im Alltag vieler DDR-Bürger/innen sei nicht unbedingt ein ideologischer Ausdruck, sondern vielmehr ein Gefühl „aus dem Bauch“ heraus gewesen. Thematisiert wird dazu die Entschuldigung für rassistische Ereignisse von Seiten der DDR-Offiziellen, der „westliche Einfluss“ sei für eben jene verantwortlich zu machen.

### Fazit

Abhängig vom zielgruppenorientierten Einsatz der rund 50-minütigen Dokumentation können die Äußerungen der als Zeitzeugen auftretenden Angreifer als Selbstentschuldigung, Legitimation und Entpolitisierung der Taten gelesen werden, weswegen eine Kommentierung der Äußerungen an einigen Stellen wünschenswert und notwendig gewesen wäre. „Die Nationale Front – Neonazis in der DDR“ kann jedoch bei entsprechender pädagogischer Vor- und Nachbereitung als sinnvolle

Unterstützung für den Unterricht oder die außerschulische Bildungsarbeit verwendet werden und stellt eines der wenigen hilfreichen Filmmaterialien zum Thema dar.

Die Dokumentation kann kostenlos auf den Videoportalen [youtube](#) und [vimeo](#) angeschaut beziehungsweise heruntergeladen werden.

---

## Der Dachdecker von Birkenau

Von Anne Lepper

„Das Gute bleibt in Erinnerung, und das Schlechte vergisst man. So sagt man doch... Aber ich vergesse auch nicht das Schlechte. Nein, ich vergesse es nicht.“

Diese Worte sagt Mordechai Ciechanower als er, fast siebzig Jahre später, noch einmal neben der Baracke in Auschwitz-Birkenau steht, in der er einst untergebracht war. Er kann und will nicht vergessen, was er hier gesehen und erlebt hat. Denn für ihn ist die Erinnerung und das Reden darüber die Erfüllung eines Testaments. Des Testaments derer, die den nationalsozialistischen Terror nicht überlebt haben und denen er versprach, sie nicht zu vergessen. Zu ihnen gehören auch Ciechanowers Mutter und seine beiden Schwestern, die unmittelbar nach ihrer Ankunft in Birkenau in den Gaskammern ermordet wurden.

### Eine Reise auf den Spuren der Erinnerung

Der Filmemacher Johannes Kuhn hat sich gemeinsam mit Mordechai Ciechanower auf eine Reise in dessen Vergangenheit gemacht. Diese Reise, die zwischenzeitlich zu einer von den Nationalsozialisten betriebenen Odyssee wurde, führte den Protagonisten aus einer Kleinstadt in Polen über das Deutsche Reich nach Israel, wo er schließlich eine neue Heimat fand. Unterwegs passierte er Ghettos und Lager, war an dem Punkt nicht mehr weiterzukönnen, machte doch weiter, irgendwie. In

dem Film erzählt Ciechanower sehr offen über alles was er erlebt hat und die damit verbundenen Gefühle. Er beschreibt seine unbeschwerte Kindheit im jüdischen Shtetl von Maków Mazowiecki, den Umzug in das Ghetto von Maków, seine Deportation nach Auschwitz, das Trauma des Verlustes seiner Familie und die endlose Zeit bis zur Befreiung durch die Alliierten, die er schließlich in Bergen-Belsen erlebte.

Viele bitteren Geschichten pflastern den Weg, den Ciechanower im Film gemeinsam mit Kuhn noch einmal geht – und doch hat der inzwischen 89-jährige seinen Witz und seine Herzlichkeit nicht verloren. Davon lebt auch der Film, der auf einfühlsame Weise die Geschichte eines Einzelnen erzählt und dabei deutlich macht, dass Millionen andere ähnliches erleiden mussten. Da bräuchte es eigentlich gar nicht die „Expert/innen“, die an den verschiedenen Stationen im Gespräch mit Ciechanower von der Geschichte des jeweiligen Ortes berichten. Diese Gespräche erscheinen manchmal etwas holprig, schließlich erzählen die Wissenschaftler/innen ihrem Gegenüber oft Dinge, die er – als ehemaliger Gefangener – ohnehin weiß. Doch Ciechanower folgt geduldig und interessiert den Ausführungen seiner Gesprächspartner/innen und verbindet diese mit seinen eigenen, ganz persönlichen Erinnerungen. Das macht den Film zu einem sehr persönlichen und aufrichtigen Zeugnis eines Überlebenden, der es sich zur Aufgabe gemacht hat nicht zu vergessen und doch stets nach vorne zu blicken.

## „Der Dachdecker von Birkenau“

Der Film, der seit Januar 2014 durch ausgewählte Kinos in Deutschland tourt und im November in Anwesenheit von Mordechai Ciechanower erstmals in Israel gezeigt werden wird, soll bald auch auf DVD erhältlich sein. Informationen dazu und weitere Vorstellungen des Films in Deutschland – unter anderem im Berliner Eiszeit-Kino am 15. November 2014 – finden sich auf der [Homepage des Films](#).

Für weitere [Anfragen und DVD-Bestellungen](#) können sich Interessierte auch direkt an den Filmemacher wenden. Der Film, der vorwiegend in polnisch, deutsch und jiddisch gedreht wurde, wurde inzwischen durch Untertitel in polnisch, deutsch, englisch, hebräisch und französisch ergänzt.

---

Unser nächstes Magazin erscheint am 12.11.2014 und trägt den Titel „Geschichte der Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter/innen im NS“.

## I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstr.76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agentur-bildung.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Webredaktion: Ingolf Seidel, Anne Lepper, David Zolldan

Die vorliegende Ausgabe unseres Magazins wird durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.